



*Position***Liberal** 79

## Zwanzig Mythen über Märkte

Tom G. Palmer

**Liberales Institut**

JEDER MENSCH BRAUCHT  
FREIHEIT, UM SEINE  
ANLAGEN UND FÄHIGKEITEN  
ENTFALTEN UND  
VERWIRKLICHEN ZU KÖNNEN.  
ER DARF NICHT  
VOR UNRECHTEN  
WISSENSCHAFTEN, STAGNIERT  
DIE WIRTSCHAFT,  
GÜNSTIGES LEBEN BRAUCHT  
FREIHEIT GENAU, WIE DER  
KÖRPER DIE LUFT ZUM ATMEN.

# ZWANZIG MYTHEN ÜBER MÄRKTE

Tom G. Palmer

## Impressum:

Herausgeber  
Liberales Institut der  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Karl-Marx-Straße 2  
14482 Potsdam

Tel.: 03 31.70 19-2 10  
Fax: 03 31.70 19-2 16  
libinst@freiheit.org  
www.freiheit.org

Titelbild: Lyzadanger  
© <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>

Produktion  
COMDOK GmbH  
Büro Berlin

1. Auflage 2009

Liberales Institut  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

## Inhalt

<b>Einleitung</b>	5
<b>Moralische Kritik</b>	6
1. Märkte setzen sich über moralische Wertvorstellungen hinweg.	6
2. Märkte fördern Habgier und Selbstsucht.	6
<b>Wirtschaftliche Kritik</b>	8
3. Vertrauen in Märkte führt zu Monopolbildung.	8
4. Märkte sind auf einen perfekten Informationsfluss angewiesen und benötigen staatliche Regulierung, um Informationen zur Verfügung zu stellen.	9
5. Märkte funktionieren nur, wenn eine unbegrenzte Anzahl von Menschen, die über perfekte Informationen verfügt, mit undifferenzierten Waren handelt.	10
6. Märkte können unmöglich öffentliche Güter (Kollektivgüter) produzieren.	12
7. Märkte funktionieren nicht (oder sind ineffizient), wenn es negative oder positive äußere Einflüsse gibt.	14
8. Je komplexer eine Gesellschaftsordnung ist, desto weniger kann sie Märkten vertrauen und desto mehr ist sie auf staatliche Lenkung angewiesen.	15
9. In Entwicklungsländern funktionieren Märkte nicht.	16
10. Märkte führen zu katastrophalen Konjunkturzyklen wie der Großen Depression.	17

11. Ein zu großes Vertrauen in Märkte ist genauso unklug wie ein zu großes Vertrauen in den Sozialismus: Das Beste ist eine gemischte Wirtschaftsform.	18
<b>Eine Mischung aus moralischer und wirtschaftlicher Kritik</b>	20
12. Märkte führen zu mehr Ungleichheit als Strukturen an denen keine Märkte beteiligt sind.	20
13. Märkte können menschliche Bedürfnisse nach Gesundheit, nach einer Wohnung, Bildung oder Nahrung nicht befriedigen.	22
14. Märkte beruhen auf dem Prinzip des Überlebens des Tüchtigsten.	23
15. Märkte entwerten Kultur und Kunst.	24
16. Nur die Reichen und Talentierte profitieren von Märkten.	26
17. Werden Preise liberalisiert und unterliegen sie den Kräften des Marktes, können sie nur steigen.	28
18. Die Privatisierung und Marktliberalisierung postkommunistischer Gesellschaften war korrupt. Daher müssen Märkte auch korrupt sein.	29
<b>Übertriebener Marktenthusiasmus</b>	30
19. Alle zwischenmenschlichen Beziehungen lassen sich auf Marktbeziehungen reduzieren.	30
20. Märkte können alle Probleme ohne jegliches Eingreifen des Staates lösen.	31
Referenzen	34
Über den Autor	36

## Einleitung

Bevor man über Vorzüge und Grenzen von Marktmechanismen zur Problemlösung sozialer Fragen nachdenkt, sollten zunächst einige weitverbreitete Mythen ausgeräumt werden. Mit Mythen meine ich jene Behauptungen, die als offenkundig wahr angesehen werden, ohne je bewiesen worden zu sein. Man hört sie im Radio, von Freunden, von Politikern; durch ihre Allgegenwärtigkeit und stete Wiederholung scheinen sie eine Art höhere Weisheit zu sein. Weil sie aber so weitverbreitet sind, müssen sie offenkundig nicht kritisch hinterfragt werden. Genau das will ich hier tun.

Viele dieser Mythen werden von denjenigen verbreitet, die freien Märkten feindlich gegenüberstehen, andere von denen, die sich wohl zu sehr für sie begeistern.

Im Folgenden stelle ich zwanzig solcher Mythen vor. Sie lassen sich in vier Kategorien unterteilen:

Moralische Kritik;

Wirtschaftliche Kritik;

Mischung aus moralischer und wirtschaftlicher Kritik;

Allzu begeisterte Verteidigung.

## Moralische Kritik

### 1. Märkte setzen sich über moralische Wertvorstellungen hinweg.

*Märkte veranlassen Menschen ausschließlich an Gewinne zu denken. Der Marktaustausch kennt keine Moral und kein Bekenntnis zu dem, was uns als Menschen ausmacht, unsere Fähigkeit uneigennützig zu sein, richtig von falsch und moralisches von unmoralischem Verhalten unterscheiden zu können.*

Eine weniger zutreffende Behauptung ist kaum vorstellbar. Damit es Austausch geben kann, muss Gerechtigkeit respektiert werden. Menschen, die etwas austauschen, unterscheiden sich von Menschen, die nur nehmen, da sie die rechtmäßigen Forderungen anderer respektieren. Sie möchten das haben, was anderen gehört, aber werden durch Moral und Gesetz davon abgehalten, es sich einfach zu nehmen. Im Austausch werden Ressourcen neu verteilt. Falls kein Austausch stattfindet, behalten die Parteien, was sie schon besitzen. Ohne Gerechtigkeit in Form von moralischen und rechtlichen Grundlagen ist freiwilliger Austausch nicht möglich.

Märkte stützen sich jedoch nicht nur auf den Respekt vor Gerechtigkeit, sondern auch auf die Fähigkeit der Menschen, neben ihren eigenen Wünschen auch die anderer zu berücksichtigen und sich in die Lage anderer versetzen zu können. Ein Restaurantbesitzer, dem die Wünsche seiner Gäste gleichgültig sind, wäre erfolglos. Bekommt den Gästen das Essen nicht oder schmeckt es ihnen nicht, kommen sie nicht wieder und der Restaurantbesitzer geht pleite. Märkte schaffen für die Beteiligten Anreize, sich in die Lage anderer zu versetzen, ihren Blick einzunehmen und ihre Wünsche zu bedenken.

Märkte sind die Alternative zu Gewalt. Märkte lassen uns sozial handeln. Märkte erinnern uns daran, dass andere Menschen auch wichtig sind.

### 2. Märkte fördern Habgier und Selbstsucht

*Marktteilnehmer versuchen lediglich, die niedrigsten Preise oder die höchsten Profite zu erzielen. Ihre einzige Motivation ist dabei Habgier und Selbstsucht und nicht die Sorge um andere.*

Märkte fördern weder Selbstsucht oder Habgier, noch dämpfen sie sie. Die größten Altruisten können ebenso wie die selbstsüchtigsten Menschen ihre Ziele friedlich vorantreiben. Wer sein Leben der Hilfe für andere widmet, nutzt Märkte

nicht weniger als derjenige, der lediglich an der Mehrung seines Wohlstands interessiert ist. Einige häufen sogar Reichtum an, um anderen besser helfen zu können. George Soros und Bill Gates etwa verdienen riesige Summen Geld, und helfen anderen durch eine Vielzahl wohlthätiger Aktivitäten.

Eine Mutter Teresa möchte die ihr zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel nutzen, um so vielen Menschen wie möglich Nahrungsmittel, Kleidung und Unterstützung zukommen zu lassen. Märkte gestatten ihr, die niedrigsten Preise für Decken, Nahrungsmittel und Medikamente auszumachen, um für die zu sorgen, die Hilfe brauchen. Märkte schaffen Wohlstand und erleichtern Wohltätern, ihre Hilfen für Benachteiligte auszubauen. Märkte machen die Wohltätigkeit der Wohltäter möglich.

Ein weitverbreiteter Fehler besteht darin, das Streben der Menschen mit „Eigeninteresse“ gleichzusetzen und es als „Selbstsucht“ zu missverstehen. Natürlich sind die Ziele von Marktteilnehmern Ziele Einzelner, doch als Individuen sind wir auch um die Interessen und das Wohlergehen anderer besorgt – unserer Familienmitglieder, unserer Freunde, unserer Nachbarn und sogar völlig Fremder, die wir nie kennen lernen werden. Und, wie bereits erwähnt, Märkte helfen dabei, Menschen für die Bedürfnisse anderer, einschließlich völlig Fremder, zu sensibilisieren.

Schon oft wurde betont, dass das stärkste Fundament der menschlichen Gesellschaft weder die Liebe, noch die Freundschaft ist. Liebe und Freundschaft sind die Früchte des beidseitigen Gewinns gegenseitiger Kooperation, sei es in kleinen oder in großen Gruppen. Eine Gesellschaft ohne einen solchen beiderseitigen Nutzen wäre schlichtweg unmöglich. Ohne die Möglichkeit eines gegenseitigen Nutzens wäre, das, was für den einen gut ist, für den anderen schlecht und umgekehrt. Beide könnten sich niemals einigen, niemals Kollegen oder Freunde sein. Zusammenarbeit wird durch Märkte enorm gesteigert, sie ermöglicht Kooperation auch zwischen Menschen, die unterschiedlichen Religionen angehören, verschiedene Sprachen sprechen, die sich persönlich nicht kennen und sich vielleicht nie kennen lernen werden. Die Existenz möglicher Gewinne durch Handel und die Erleichterung des Handels durch klar definierte und gesetzlich verankerte Eigentumsrechte ermöglichen Wohltätigkeit zwischen Fremden sowie Liebe und Freundschaft über Grenzen hinweg.

## Wirtschaftliche Kritik

### 3. Vertrauen in Märkte führt zu Monopolbildung.

*Ohne staatliche Intervention würden freie Märkte dazu tendieren, dass sich wirtschaftliche Kraft in wenigen großen Unternehmen sammelt. Märkte schaffen von Natur aus Monopole, kleinere Produzenten und Unternehmen werden verdrängt. Nur der Staat hat das öffentliche Interesse im Auge und vermag eine Monopolbildung einzuschränken.*

Staaten können – und tun das allzu oft – bevorzugten Einzelpersonen oder Gruppen eine Monopolstellung einräumen, d.h., sie hindern andere daran, auf den Markt zu treten und um Kunden zu werben. Das bedeutet der Begriff Monopol. Eine Monopolstellung kann einer staatlichen Behörde (wie es bei den monopolisierten Postdienstleistungen in vielen Ländern der Fall ist), einem bevorzugten Unternehmen, einer begünstigten Familie oder Person eingeräumt werden.

Fördern freie Märkte die Monopolbildung? Es gibt kaum gute Gründe für diese Annahme, jedoch viele Gründe, die dagegen sprechen. Freie Märkte beruhen auf der Freiheit von Personen, den Markt zu betreten oder sich aus ihm zurückzuziehen, dort kaufen zu können, wo sie möchten oder an den Kunden ihrer Wahl zu verkaufen. Machen Unternehmen auf frei zugänglichen Märkten überdurchschnittliche Profite, lockt das Konkurrenten an, die in einen Wettbewerb um diese Profite treten. Einige Wirtschaftsbücher beschreiben hypothetische Situationen, in denen bestimmte Marktbedingungen zu anhaltenden Gewinnüberschüssen führen *könnten*, d.h. Erträge ermöglichen, die dauerhaft über die Gewinne aus der Nutzung der Ressourcen in alternativen Verwendungen hinausgingen (sog. Opportunitätskosten). Konkrete Beispiele dafür sind aber äußerst schwer zu finden, abgesehen von relativ uninteressanten Einzelfällen, wie z.B. dem Besitz einmaliger Güter (z.B. ein Gemälde von Rembrandt). Im Gegensatz dazu lassen sich in der Vergangenheit zahllose Fälle finden, in denen Staaten speziellen Unternehmen Privilegien eingeräumt haben.

Ein freier Zugang zum Markt sowie Wahlfreiheit zwischen den Anbietern fördern die Interessen der Verbraucher, weil sie zum Abbau der vorübergehenden Überschüsse der ersten Anbieter einer Ware oder Dienstleistung beitragen. Nur die staatliche Macht, über Zugang und Austausch auf Märkten zu verfügen, kann Monopole schaffen. Die Geschichte belegt, dass sie verbraucherschädlich sind und die produktiven Kräfte des Marktes einschränken. Würden Märkte automatisch zu Monopolbildungen führen, müssten sich Unternehmen nicht an

den Staat wenden, um Privilegien gegenüber ihren Konkurrenten und Kunden zu erhalten.

Man sollte sich stets vor Augen halten, dass der Staat selbst Monopole ausübt. Das Monopol auf die Anwendung von Gewalt gehört zu den klassischen Merkmalen eines Staates. Warum sollten wir erwarten, dass er dem Wettbewerb eher wohl gesonnen ist als der durch freien Wettbewerb gekennzeichnete Markt selbst?

### 4. Märkte sind auf einen perfekten Informationsfluss angewiesen und benötigen staatliche Regulierung, um Informationen zur Verfügung zu stellen.

*Damit Märkte effizient sein können, müssen alle Marktteilnehmer umfassend über die Kosten ihres Handelns informiert sein. Verfügen einige über mehr Informationen als andere, führen solche Asymmetrien zu Ineffizienz und Ungerechtigkeit. Der Staat muss fehlende Informationen liefern, um Effizienz und Gerechtigkeit zu sichern.*

Wie alles andere auch hat Information ihren Preis, d.h., wir müssen etwas opfern, um mehr davon zu bekommen. Information ist selbst ein Produkt, das auf Märkten ausgetauscht wird. So kaufen wir z.B. Bücher, die Informationen enthalten, weil uns diese Informationen mehr wert sind als der Preis, den wir für die Bücher bezahlen müssen. Damit Märkte funktionieren können, brauchen sie ebenso wenig einen perfekten Informationsfluss wie Demokratien. Die Annahme, dass Information die Marktteilnehmer etwas kostet, Politiker dagegen aber nicht, ist auf äußerst destruktive Weise unrealistisch. Bezeichnenderweise haben Politiker weniger Anreize, ausreichend Informationen zu erlangen als die Marktteilnehmer, da sie nicht ihr eigenes Geld ausgeben. Wenn beispielsweise Politiker öffentliche Gelder ausgeben, gibt es für sie nicht denselben Anreiz zur Sorgfalt und zur Suche nach zuverlässigen Informationen, als ginge es um ihr eigenes Geld.

Ein weitverbreitetes Argument für eine Einmischung des Staates beruht auf den Informationsasymmetrien zwischen den Anbietern und Nachfragern spezialisierter Dienstleistungen. Ärzte wissen z.B. fast immer mehr über medizinische Angelegenheiten als Patienten. Daher gehen wir zum Arzt und behandeln uns nicht selbst. Deswegen wird oft behauptet, Patienten könnten nicht wissen, welche Ärzte kompetenter sind, ob sie die richtige Behandlung bekommen oder ob sie zu viel bezahlen. Die Vergabe einer Berufslizenz durch den Staat mag dann als Lösung erscheinen. Sobald einem Arzt eine staatliche Lizenz erteilt wird, so

das Argument, könnten Patienten sicher sein, dass er qualifiziert, kompetent und rechtschaffen ist. Studien über die Lizenzierung medizinischer und anderer Berufe legen jedoch genau das Gegenteil nahe. Während Märkte dazu neigen, Zertifizierungsabstufungen zu erzeugen, ist die staatliche Lizenzierung binär: Entweder man hat eine Lizenz oder man hat keine. Zudem ist es bei lizenzierten Berufen üblich, dass die Lizenz wieder entzogen wird, falls der Lizenznehmer vermeintlich „unprofessionelles Verhalten“ zeigt, wozu normalerweise auch Werbung zählt! Werbung ist jedoch eines der Mittel, das auf den Märkten zur Information über die Verfügbarkeit von Waren und Dienstleistungen, über ihre Qualität und Preise entwickelt wurde. Die Lizenzvergabe durch den Staat ist keine Lösung für Informationsasymmetrien, sondern deren Ursache.

**5. Märkte funktionieren nur, wenn eine unbegrenzte Anzahl perfekt informierter Menschen mit undifferenzierten Waren handelt.**

*Effiziente Märkte, auf denen eine maximale Gütermenge produziert und Profite minimiert werden, setzen voraus, dass niemand, egal ob er den Markt betritt oder sich aus ihm zurückzieht, Einfluss auf den Preis zu nehmen vermag. Auf einem perfekt wettbewerbsfähigen Markt können Käufer und Verkäufer keinerlei Einfluss auf die Preise ausüben. Die Waren sind alle homogen und Informationen über Waren und Preise sind kostenlos. Reale Märkte sind aber nicht perfekt wettbewerbsfähig. Aus diesem Grund ist es erforderlich, dass der Staat korrigierend eingreift.*

Abstrakte Modelle wirtschaftlicher Interaktion können nützlich sein, aber wenn theoretischen Abstraktionen normativ konnotierte Begriffe wie „perfekt“ hinzugefügt werden, kann das großen Schaden anrichten. Wenn ein bestimmter Zustand des Marktes als „perfekter“ Wettbewerb definiert wird, dann ist alles andere „unvollkommen“ und muss verbessert werden, vermutlich durch eine Behörde außerhalb des Marktes. In Wirklichkeit ist „perfekter“ Wettbewerb lediglich ein abstraktes Modell, mit dem man sich grundlegende Zusammenhänge verdeutlichen kann, wie z.B. über die Rolle der Profite bei der Lenkung von Ressourcen und über die Rolle der Ungewissheit bei der Bestimmung des Bargeldbedarfs eines Unternehmens (denn wenn Informationen kostenlos wären, würde jeder sein Geld vollständig anlegen und es so arrangieren, dass das Geld genau zu dem Zeitpunkt verfügbar würde, an dem er Investitionen tätigen müsste, woraus wir schließen können, dass das Vorhandensein von Bargeld ein Merkmal eines Informationsmangels ist). Sind beispielsweise die Profite in einer Branche überdurchschnittlich hoch, werden Konkurrenten ihre Ressourcen aus anderen Verwendungen abziehen und das Angebot erhöhen, was die Preise senkt und die Profite reduziert. Oder, gäbe es keine Unsicherheit und wären

Informationen kostenlos, würde jeder Unternehmer zu jeder Zeit sein Geld gewinnbringend anlegen, seine Anlagen jedoch sofort wieder liquidieren, sollte es eine bessere Investitionsalternative geben. Die Existenz von Liquiditätsreserven in einem Unternehmen zeigt daher, dass Informationen stets Mangelware sind. Daher ist „perfekter“ Wettbewerb kein Leitfaden zur Verbesserung von Märkten, sondern ein schlecht gewählter Begriff für ein Modell von Marktprozessen, das die Wettbewerbsbedingungen in der realen Welt außer Acht lässt.

Könnte der Staat die Märkte zu einer derartigen „Perfektion“ führen, würden wir auch erwarten können, dass auch er Produkt einer „perfekten“ demokratischen Politik ist, in der kein einzelner Wähler und Politiker besonderen individuellen Einfluss auf politische Entscheidungen hätte, in der alle politischen Aktivitäten homogen sind und Informationen über Kosten und Nutzen von politischen Aktivitäten allen gleichermaßen und zu jeder Zeit zur Verfügung stehen. Das ist offenkundig niemals der Fall.

Eine Wahl als quasi wissenschaftliches Verfahren zu betrachten, setzt voraus, dass zwischen tatsächlich vorhandenen Optionen gewählt werden kann. Sowohl die Auswahl im politischen Bereich als auch die Auswahl auf dem Markt sind jedoch „unvollkommen“ im Sinne des oben Beschriebenen. Eine Auswahl sollte also aufgrund eines Vergleichs zwischen realen – und nicht „perfekten“ – Marktprozessen und politischen Prozessen erfolgen.

Reale Märkte erzeugen über eine Vielzahl von Mechanismen, die Informationen bereitstellen und eine vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen den Marktteilnehmern ermöglichen. Gleichzeitig stellen Märkte den geeigneten Rahmen für die Gewinnung von Informationen und ihren Austausch bereit. Auf Märkten entstehende Werbung, Finanzierungsinstitute, Reputation, Warenbörsen, Wertpapierbörsen, Zertifizierungsstellen und vieles mehr, erleichtern eine für beide Marktseiten vorteilhafte Zusammenarbeit. Anstatt Märkte abzulehnen, weil sie nicht perfekt sind, sollten wir nach mehr Möglichkeiten suchen, Märkte zu nutzen, um andere Unvollkommenheiten zu beseitigen und das menschliche Wohlergehen zu verbessern.

Schließlich sollte Wettbewerb nicht als statischer Zustand, sondern als dynamisches Konkurrenzverhältnis verstanden werden. Wenn Unternehmer die Freiheit haben, in den Markt einzutreten, um mit anderen zu konkurrieren, und wenn Kunden über die Freiheit verfügen, unter verschiedenen Herstellern zu wählen, können die Kunden vom Wettbewerb nur profitieren.

## 6. Märkte können unmöglich öffentliche Güter (Kollektivgüter) produzieren.

*Wenn ich einen Apfel esse, kannst du ihn nicht essen. Beim Verzehr eines Apfels besteht Nutzungskonkurrenz. Wenn ich einen Film zeige und nicht möchte, dass andere Menschen ihn sehen, muss ich Nichtzahlende durch eine Wand davon ausschließen. Güter, deren gleichzeitiger Konsum durch mehrere Individuen möglich, ein Ausschluss vom Konsum aber sehr teuer ist, lassen sich auf Märkten nicht produzieren, da jeder davon ausgeht, dass andere sie produzieren. Wenn ich einfach konsumieren kann, was ohnehin produziert wird, werde ich es nicht selbst produzieren. Diese sogenannten öffentlichen Güter müssen vom Staat zur Verfügung gestellt werden. Nur so können sie überhaupt angeboten werden. Dazu zählen nicht nur die Verteidigung und ein Rechtssystem, sondern auch Bildung, Verkehr, medizinische Versorgung und ähnliches. Man kann sich nie darauf verlassen, dass diese Güter auf Märkten produziert werden, da Nichtzahlende auf Kosten der Zahlenden profitieren würden. Und da auf Märkten jeder profitieren will, gäbe es niemanden, der zahlen würde. Deswegen kann nur der Staat solche Güter anbieten.*

Das Öffentliche-Güter-Argument als Rechtfertigung für den Staat ist eine der häufigsten Fehlinterpretationen der ökonomischen Theorie. Ob es bei Gütern Nutzungskonkurrenz gibt oder nicht, liegt nicht an den inhärenten Merkmalen des Gutes selbst, sondern ergibt sich aus der Anzahl der potentiellen Konsumenten: Es mag sein, dass zwei Personen einen Swimmingpool gemeinsam nutzen können, zweihundert Personen jedoch nicht. Und Kosten für den Ausschluss anderer Konsumenten fallen immer an, seien es öffentliche oder private Güter: Wenn ich andere davon abhalten will, meine Äpfel zu essen, muss ich Maßnahmen ergreifen, um das zu gewährleisten, z.B. durch die Errichtung eines Zauns. Viele Güter, deren gemeinsamer Konsum möglich ist, wie z.B. ein Profifußballspiel (wenn du es siehst, bedeutet das nicht, dass ich es nicht auch sehen kann) werden nur produziert, weil Unternehmer auch in Maßnahmen zum Ausschluss der Nichtzahlenden investieren.

Abgesehen davon, dass der Charakter öffentlicher Güter stets von ihren konkreten Angebotsbedingungen abhängt, ist die vermeintliche Öffentlichkeit der Güter das Ergebnis politischer Entscheidungen, Nutzungskonkurrenz und Nichtausschließbarkeit ganz bewusst herbeizuführen. Wenn Staaten Autobahnen zur freien Nutzung zur Verfügung stellen, ist schwer vorstellbar, wie die Privatwirtschaft mit ebenfalls frei verfügbaren Autobahnen konkurrieren soll. Aber auch staatliche Autobahnen sind nicht wirklich kostenlos, da sie mit Steuergeldern finanziert werden (wobei bei Steuern eine besonders harte Form der Bestrafung

des Trittbrettfahrens, das Gefängnis, praktiziert wird). Hinzu kommt, dass die freie Verfügbarkeit der Autobahn der Hauptgrund für ihre ineffiziente Übernutzung beispielsweise bei Staus ist. Der fehlende Preismechanismus verhindert, dass die knappe Straßenfläche effizient genutzt wird. Weltweit geht der Trend hin zu gebührenpflichtigen Straßen, was das Öffentliche-Güter-Argument für die Bereitstellung von Straßen durch den Staat zunehmend untergräbt.

Viele Güter, von denen es heißt, sie können unmöglich auf Märkten angeboten werden, werden bereits auf Märkten angeboten: Leuchttürme, Bildung, Polizei oder Infrastrukturen. Die verbreitete Beschwörung des vermeintlich öffentlichen Charakters bestimmter Güter ist daher ungerechtfertigt oder zumindest stark übertrieben.

Ein weiteres Argument für die Bereitstellung bestimmter Güter durch den Staat ist, dass "externe Effekte" die Wirkung des Preismechanismus untergraben würden. So erzeuge etwa weitverbreitete Bildung öffentlichen Nutzen, der über den Nutzen für die gebildeten Personen hinausgehe, was die Bereitstellung durch den Staat und die Finanzierung durch allgemeine Steuereinnahmen rechtfertige. Doch trotz des Nutzens für andere, der hoch oder gering sein kann, ist der Nutzen für die gebildeten Personen so hoch, dass sie selbst genügend Geld für Bildung aufbringen. Öffentlicher Nutzen führt nicht zwangsläufig zu Trittbrettfahrerverhalten. Vielmehr gelingt es Staaten mit ihrem Bildungsmonopol oft nicht – wie zahlreiche Untersuchungen heute zeigen – auch den Ärmsten der Armen eine adäquate Bildung zugänglich zu machen, ungeachtet der Tatsache, dass ihnen die Bedeutung der Bildung ihres Nachwuchses sehr wohl bewusst ist und sie daher einen beträchtlichen Anteil ihres geringen Einkommens für deren Ausbildung verwenden. Welche „Externalitäten“ die Bildung ihrer Kinder auch immer erzeugen mag, es hindert die Eltern nicht daran, ihr eigenes Geld auszugeben, um ihren Kindern Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Schließlich sollte man sich ins Gedächtnis rufen, dass fast jede Behauptung der Argumentation, der Markt könne unmöglich effizient öffentliche Güter anbieten, mindestens ebenso – wenn nicht sogar eher – auf die Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat zutrifft. Ein gerechter und auf der Basis von Gesetzen arbeitender Staat fungiert selbst als öffentliches Gut, d.h., die staatlichen Leistungen können von jedem genutzt, die einzelnen Bürger aber nur unter großem Kostenaufwand von ihrer Inanspruchnahme ausgeschlossen werden. Die Anreize für Politiker und Wähler, einen gerechten und effizienten Staat zu schaffen, sind relativ gering, zumindest wenn man sie mit den Anreizen zur Kooperation für Unternehmer und Verbraucher auf Märkten vergleicht, die für alle Menschen einen Gewinn abwerfen. Das bedeutet nicht, dass der Staat keine

Rolle beim Angebot öffentlicher Güter spielen sollte, aber die Bürger sollten mit der Abtretung von Zuständigkeiten an den Staat deutlich vorsichtiger umgehen. Je mehr Zuständigkeiten tatsächlich dem Staat übertragen werden, desto weniger dürfte er in der Lage sein, öffentliche Güter bereitzustellen, wie z.B. bei der Verteidigung der Rechte seiner Bürger, bei der sich der Staat noch am ehesten durch besondere Fähigkeiten auszeichnen könnte.

**7. Märkte funktionieren nicht (oder sind ineffizient), wenn es negative oder positive äußere Einflüsse gibt.**

*Märkte funktionieren nur, wenn alle seine Auswirkungen von den am Marktaustausch Beteiligten verantwortet werden. Sobald auch andere Menschen ohne eigenen Beitrag von den Marktergebnissen profitieren, sind Märkte nicht in der Lage die Anreize zur Produktion der richtigen Gütermenge bereitzustellen. Gleichermaßen werden Markttransaktionen auf dem Rücken unbeteiligter Dritter ausgetragen, wenn die Marktakteure zwar alle Nutzen ihrer Aktivitäten vereinnahmen, nicht jedoch die Kosten für Unbeteiligte in ihren Produktionsentscheidungen berücksichtigen.*

Die bloße Existenz solcher Effekte ist kein Argument für Markteingriffe des Staates oder die Einschränkung persönlicher Wahlfreiheit. Modische Kleidung und gepflegtes Aussehen erzeugen viele positive Effekte, indem man für gutes und gepflegtes Auftreten Bewunderung auf sich zieht. Das sollte aber kein Grund dafür sein, Auswahl oder Bereitstellung von Kleidern oder Pflegeprodukten dem Staat zu übertragen. Gartengestaltung, Architektur und viele andere Dinge erzeugen positive Effekte für andere, aber die Menschen verschönern trotzdem ihre Gärten und Häuser. In all diesen Fällen ist der Nutzen für die Urheber allein – einschließlich der Bewunderung derer, die von den positiven Effekten profitieren – Grund genug, sie auch weiterhin zu offerieren. In anderen Fällen, wie z.B. der Produktion von Fernseh- und Radiosendungen, ist das öffentliche Gut an das Angebot anderer Produkte, z.B. an Werbung für Unternehmen, „gebunden“. Die Möglichkeiten öffentlicher Güter und Dienstleistungen zu produzieren, sind ebenso vielfältig wie der Einfallsreichtum der Unternehmer, die sie am Markt anbieten.

Viel häufiger veranlasst die Existenz „negativer externer Effekte“ die Kritiker des Marktes, Zweifel an der Wirksamkeit oder Gerechtigkeit von Marktmechanismen zu äußern. Umweltverschmutzung ist das am häufigsten genannte Beispiel. So wird der Produzent eines Produktes, bei dessen Herstellung riesige Mengen an Abgasen in die Luft geblasen oder Chemikalien in einen Fluss geleitet werden, sich wohl kaum von der Verschmutzung der Umwelt abhalten lassen, wenn er

die dadurch verursachten Kosten an Unbeteiligte abwälzen kann. Während der Produzent Gewinne erzielt, tragen auch diejenigen die Produktionskosten, die die verschmutzte Luft einatmen oder das giftige Wasser trinken. In solchen Fällen ist jedoch nicht das Marktversagen die Ursache, sondern die Tatsache, dass sie fehlen. Märkte beruhen auf Eigentum und können nicht funktionieren, wenn Eigentumsrechte nicht klar definiert oder nicht durchgesetzt werden. Im Fall der Umweltverschmutzung handelt es sich gerade nicht um ein Scheitern von Märkten, sondern um ein Scheitern des Staates hinsichtlich einer ausreichenden Definition und des Schutzes von Eigentumsrechten. Hätten Menschen, die in Windrichtung liegend oder flussabwärts wohnen, den Anspruch darauf, ihre Rechte zu verteidigen, könnten sie diese geltend machen und die sie betreffende Umweltverschmutzung verhindern. Der Produzent könnte entweder auf eigene Kosten technische Vermeidungsmaßnahmen unternehmen, um die Verschmutzung zu verhindern (oder sie auf ein erträgliches und nicht schädliches Niveau senken), oder die Betroffenen entschädigen (vielleicht, indem er ihnen einen besseren Platz zum Leben anbietet). Andernfalls müsste er die Herstellung des Produktes stoppen, da er sonst die Rechte derjenigen verletzt, die sich seinen Angeboten verweigern und damit zeigen, dass die Gesamtkosten der Schäden den Gewinn aus dem Entschädigungsangebot übersteigen. Sichere Eigentumsrechte ermöglichen solche Kalkulationen, da sie alle Beteiligten zwingen, die Folgen ihres Handelns für andere zu berücksichtigen. Märkte ermöglichen auch einen freien Austausch von Rechten, da die verschiedenen Parteien die Kosten kalkulieren können.

Negative Effekte wie Luft- und Wasserverschmutzung sind kein Anzeichen eines Scheiterns des Marktes, sondern eines Scheiterns des Staates, die Eigentumsrechte, auf die sich Märkte stützen, zu definieren und zu verteidigen.

**8. Je komplexer eine Gesellschaftsordnung ist, desto weniger kann sie Märkten vertrauen und desto mehr ist sie auf staatliche Lenkung angewiesen.**

*Als die Gesellschaft noch weniger komplex war, funktionierte das Vertrauen in Märkte ausgezeichnet, aber infolge der gewaltigen Zunahme wirtschaftlicher und sozialer Beziehungen ist eine Lenkung und Koordinierung der Handlungen so vieler Menschen durch den Staat erforderlich.*

Wenn überhaupt, ist das Gegenteil der Fall. Eine einfache Gesellschaftsordnung, wie z.B. eine Gruppe von Jägern oder Sammlern, könnte effektiv von einem Anführer mit dem Recht, Gehorsam zu erzwingen, koordiniert werden. Aber wenn gesellschaftliche Beziehungen komplexer werden, wird das Ver-

trauen in freiwilligen Marktaustausch wichtiger – und nicht umgekehrt. Eine komplexe Gesellschaftsordnung macht die Koordinierung von mehr Informationen erforderlich als irgendein Mensch oder irgendeine Gruppe von Menschen bewältigen könnte. Märkte haben Mechanismen entwickelt, um Informationen auf relativ kostengünstige Weise zu übermitteln. Preise enthalten Informationen über Angebot und Nachfrage, die eine Vergleichbarkeit unterschiedlicher Güter und Dienstleistungen ermöglicht, wie sie kein noch so umfangreicher Regierungsreport zu liefern imstande wäre. Preise werden über verschiedene Sprachen, gesellschaftliche Sitten sowie ethnische und religiöse Grenzen hinweg verstanden und ermöglichen es, vom Wissen unbekannter, Tausende von Kilometer entfernt wohnender anonymer Personen zu profitieren. Je komplexer eine Wirtschaft und Gesellschaft ist, desto wichtiger wird das Vertrauen in die Mechanismen des Marktes.

## 9. In Entwicklungsländern funktionieren Märkte nicht.

*In Ländern mit einer gut entwickelten Infrastruktur und einem gut entwickelten Rechtssystem funktionieren Märkte ausgezeichnet. Da das in Entwicklungsländern nicht der Fall ist, funktionieren Märkte dort nicht. In solchen Fällen ist eine staatliche Lenkung erforderlich, zumindest solange, bis eine hochentwickelte Infrastruktur und ein hochentwickeltes Rechtssystem geschaffen werden, um Grundlagen für das Funktionieren von Märkten zu legen.*

Im Allgemeinen ist die Entwicklung von Infrastruktur ein Kennzeichen marktwirtschaftlich erworbenen Wohlstands und keine Voraussetzung für die Existenz von Märkten. Das Scheitern eines Rechtssystems ist ein Grund dafür, warum Märkte unterentwickelt sind. Dieser Missstand fordert eine Reform des Rechtssystems, als Grundlage für die Entwicklung von Märkten geradezu heraus und ist gewiss kein Grund Rechtsreformen und die Entwicklung der Märkte hinauszuschieben. Die einzige Möglichkeit, denselben Wohlstand wie den der Industrieländer zu erreichen, ist die Schaffung der notwendigen rechtlichen und institutionellen Grundlagen, damit Unternehmer, Verbraucher, Investoren und Arbeiter frei zusammenarbeiten können, um Wohlstand zu schaffen.

Jedes der heute wohlhabenden Länder war einst sehr arm, einige von ihnen seit Menschengedenken. Armut bedarf keiner Erklärung, denn sie ist der natürliche Zustand der Menschheit. Ein Leben in Wohlstand ist dagegen durchaus erklärungsbedürftig. Wohlstand muss geschaffen werden, weshalb die beste Art und Weise der Wohlstandsicherung die Schaffung von Anreizen für die Wohlstandsproduktion ist. Bis heute gibt es kein anderes System wie den auf klar definierten und gesetzlich verankerten Eigentumsrechten sowie rechtlichen Institutionen

beruhenden freien Markt, das so viele Anreize für die Wohlstandsmehrung setzt. Der Weg aus der Armut führt über Produktivkräfte der freien Märkte.

Der Begriff „Entwicklungsland“ wird häufig falsch verwendet, wenn mit ihm Länder beschrieben werden, deren Regierungen Märkte zugunsten von staatlicher Planung, staatlichem Besitz, Merkantilismus, Protektionismus und speziellen Privilegien ablehnen. In Wirklichkeit entwickeln sich diese Länder überhaupt nicht. Sich entwickelnde Länder, ob sie nun relativ wohlhabend oder relativ arm sind, verfügen über rechtliche Eigentums- und Vertragsinstitutionen, geben Märkte frei und beschränken die Befugnisse und Reichweite der Staatsmacht.

## 10. Märkte führen zu katastrophalen Konjunkturzyklen wie der Großen Depression.

*Das Vertrauen in die Kräfte des Marktes führt zu Konjunktur-Zyklen mit gewaltigen Auf- und Abschwüngen, weil das übermäßige Vertrauen der Anleger immer größer wird, was zu einem gewaltigen Investitionsboom führt, dem zwangsläufig ein Produktionsrückgang, ein Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine allgemein schlechter werdende wirtschaftliche Lage folgen.*

Dem Vertrauen in Märkte wird manchmal die Schuld an zyklischen Konjunkturschwankungen gegeben. Eine allgemeine Überproduktion ist jedoch bewiesenermaßen kein Merkmal von Märkten. Werden mehr Waren und Dienstleistungen produziert, passen sich die Preise dieser Entwicklung an, und das Ergebnis ist allgemeiner Wohlstand und keine Wirtschaftskrise. Ist Rentabilität auf einzelnen Märkten nicht mehr gesichert, setzt in einer freien Marktwirtschaft ein Prozess der Selbstkorrektur ein. Unterdurchschnittliche Profite setzen dort das Signal, Ressourcen in andere Aktivitätsbereiche umzuleiten. Die Annahme, alle Sektoren würden gleichermaßen betroffen sein, ist dagegen ein Widerspruch in sich, denn wenn die Sektoren die ihnen entzogenen Ressourcen anschließend wieder erhalten, hat sich nicht viel getan.

Trotzdem kann es über längere Zeit zu allgemeiner Arbeitslosigkeit kommen, wenn Regierungen das Preissystem durch unkluge Manipulation des Geldsystems verzerren. Dieser Fehler wird oft mit Subventionen für schrumpfende Branchen sowie Lohn- und Preiskontrollen, die den Markt daran hindern, sich der Entwicklung anzupassen, kombiniert. Dadurch verlängert sich die Phase der Arbeitslosigkeit unnötig. Das war bei der Weltwirtschaftskrise der Fall, die 1929 begann und bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs andauerte. Wirtschaftswissenschaftler wie beispielsweise der Nobelpreisträger Milton Friedman konnten nachweisen, dass die Ursache der Weltwirtschaftskrise u. a. in einer politisch motivierten

gewaltigen und plötzlichen Verknappung der Geldmenge durch das Zentralbankensystem der Vereinigten Staaten zu suchen ist. Der allgemeine wirtschaftliche Abschwung verschärfte sich durch einen verstärkten Protektionismus, was die gesamte Welt mit in den wirtschaftlichen Abgrund riss. Hinzu kam, dass der wirtschaftliche Abschwung durch Programme, wie den National Recovery Act, die unter anderem die Preise für Agrarprodukte auf einem hohen Niveau halten sollten (indem riesige Mengen an Agrarprodukten vernichtet und das Angebot beschränkt wurden), verlängert wurde. Diese Programme des „New Deal“ hinderen die Kräfte des Marktes an einer Korrektur der verheerenden Auswirkungen der Fehler des Staates. Wirtschaftliche Krisen in der jüngeren Vergangenheit, wie z.B. die asiatische Finanzkrise 1997, wurden ebenfalls durch eine unkluge Geld- und Wechselkurspolitik verursacht, indem sie die Preissignale für Anleger verzerrte. Die Kräfte des Marktes haben die Fehler des Staates schließlich in einem mühsamen Prozess korrigiert. Nicht die heilenden Marktkräfte waren Grund für die wirtschaftlichen Härten, sondern die verfehlte Geld- und Wechselkurspolitik der beteiligten Staaten, die diesen mühsamen Heilungsprozess erst notwendig machte.

Seit staatliche Währungsbehörden eine umsichtigeren Geldpolitik verfolgen, weisen wirtschaftliche Zyklen geringere Schwankungen auf. Wurde diese Geldpolitik mit einem größeren Vertrauen in die Anpassungsprozesse des Marktes kombiniert, traten Konjunkturzyklen weniger häufig auf und waren weniger heftig. Zudem wurde in diesen Fällen eine langfristige und nachhaltige Verbesserung in den Ländern erreicht, die sich einer Politik der Handelsfreiheit, der Budgetbeschränkung und der Rechtsstaatlichkeit verschrieben haben.

#### 11. Ein zu großes Vertrauen in Märkte ist genauso unklug wie ein zu großes Vertrauen in den Sozialismus: Das Beste ist eine gemischte Wirtschaftsform.

*Die meisten Menschen verstehen, dass es unklug ist, alles auf eine Karte zu setzen. Vorsichtige Anleger streuen ihre Portfolios, und es ist genauso vernünftig, auch ein gestreutes „Politikportfolio“ zu haben, also eine Mischung aus Sozialismus und Marktwirtschaft.*

Vorsichtige Anleger, die nicht über Insider-Informationen verfügen, streuen in der Tat ihre Portfolios, um Risiken zu vermindern. Sinkt der Wert einer Aktie, steigt vielleicht der einer anderen, so dass der Verlust auf der einen Seite mit einem Gewinn auf der anderen Seite ausgeglichen wird. Langfristig verzeichnet ein richtig gestreutes Portfolio Wertzuwachs. Aber Politik funktioniert nicht nach diesem Prinzip. Einige Politikformen sind wieder und wieder gescheitert,

während andere erfolgreich waren. Es wäre unsinnig, ein „gestreutes Investmentportfolio“ zu haben, das sowohl aus Aktien von Unternehmen besteht, die bekanntermaßen scheitern werden, als auch aus Aktien von Unternehmen, die erfahrungsgemäß erfolgreich sind. Der Grund für eine Streuung ist, dass man nicht genau weiß, welche Unternehmen eher gewinnbringend wirtschaften werden und welche nicht.

Die jährlich vom kanadischen Fraser-Institut gemeinsam mit vielen anderen Forschungsinstituten durchgeführten Analysen von über mehrere Jahrzehnte erhobenen Wirtschaftsdaten (*Economic-Freedom-of-the-World-Report*) haben gezeigt, dass mit zunehmendem Vertrauen in die Kräfte des Marktes das Pro-Kopf-Einkommen steigt, die Wirtschaft schneller wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Kinderarbeitsquote zurück geht. Die Kindersterblichkeit reduziert sich und die durchschnittliche Lebenserwartung steigt in dem Maße wie sich mit wachsender wirtschaftlicher Freiheit der Zugang zu sauberem Wasser und die medizinische Versorgung verbessern. Neben vielen weiteren Annehmlichkeiten, wie einer saubereren Umwelt etwa, steigt mit ökonomischer Freiheit die Qualität des Regierungshandelns: Die Korruptionsrate nimmt ab, die Regierungen nehmen ihre demokratische Verantwortung wahr. Freie Märkte erzielen rundum gute Resultate.

Es gibt keinen „ausgewogenen“ Mittelweg. Eine Einmischung des Staates in den Markt führt normalerweise zu Verzerrungen und sogar Krisen, die dann wiederum als Rechtfertigung für eine noch stärkere Einmischung des Staates dienen. So wird z.B. ein „Politikportfolio“, das die Geldmenge durch eine unkluge Geldpolitik schneller anwachsen lässt als die Wirtschaft zu steigenden Preisen führen. Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, dass Politiker dazu neigen, für eine solche Situation statt ihrer eigenen Politik eine „überhitzte Wirtschaft“ oder „unpatriotische Spekulanten“ verantwortlich zu machen, um darauf wieder mit einer Verhängung von Preiskontrollen zu reagieren. Können Preise nicht durch Angebot und Nachfrage korrigiert werden, indem die wachsende Geldmenge den Geldwert der Waren senkt, kommt es zu einem Mangel an Waren und Dienstleistungen. Bei nach oben beschränkten Preisen fragen die Verbraucher Güter und Dienstleistungen stärker nach, als die Produzenten bereit sind zu diesem Preis zu liefern. Außerdem führt das Fehlen freier Märkte dazu, dass Menschen versuchen der Knappheit auf Schwarzmärkten auszuweichen, Beamten zu bestechen und andere Rechtsbrüche zu begehen. Die daraus resultierende Mischung von Mangel und Korruption führt dann normalerweise zu einer zunehmend autoritären Durchsetzung staatlicher Macht. Ein derartiges Politikportfolio untergräbt die Wirtschaft, schafft Korruption und ist eine Gefahr für die konstitutionelle Demokratie.

## Eine Mischung aus moralischer und wirtschaftlicher Kritik

### 12. Märkte führen zu mehr Ungleichheit als Strukturen an denen keine Märkte beteiligt sind.

*Definitionsgemäß belohnen Märkte die Fähigkeiten der Marktakteure zur Befriedigung von Verbraucherinteressen. Da sich diese Fähigkeiten zwischen den Marktteilnehmern unterscheiden, differieren auch die Einkommen. Der Sozialismus schafft definitionsgemäß Gleichheit, somit ist jeder Schritt in Richtung Sozialismus ein Schritt in Richtung Gleichheit.*

Für das Verständnis der Beziehung zwischen politischen Maßnahmen und ihren Effekten ist es wichtig Eigentum als rechtliches, Wohlstand dagegen als wirtschaftliches Konzept zu begreifen. Die beiden Konzepte werden oft miteinander verwechselt, sollten aber klar auseinander gehalten werden. Marktprozesse führen regelmäßig zur Umverteilung von Wohlstand in gewaltigem Umfang. Dagegen ist eine unfreiwillige Umverteilung von Eigentum (wird sie von einzelnen Bürgern vorgenommen, nennt man sie „Diebstahl“) unter den für freie Märkten charakteristischen Regeln verboten. Das setzt eine klare Definition und eine gesetzliche Absicherung von Eigentumsrechten voraus. Auf Märkten kann es permanent zu einer Umverteilung von Eigentum kommen, sogar dann, wenn der Eigentümer eines Gutes derselbe bleibt. Jedes Mal, wenn sich durch Marktprozesse der Marktwert eines Vermögensgegenstandes des Eigentümers verändert, verändert sich auch der monetäre Wohlstand des Eigentümers. Ein Vermögensgegenstand, der gestern noch für 600 Euro gehandelt wurde, kann heute nur noch 400 Euro wert sein. Das kommt einer Umverteilung von 200 Euro durch den Markt gleich, wenngleich keine Umverteilung von Eigentum stattgefunden hat. Auf Märkten wird Vermögen regelmäßig umverteilt, was für die Eigentümer zugleich Anreiz ist, den Wert ihrer Vermögensgegenständen selbst zu maximieren oder an diejenigen zu transferieren, die noch besser zur Wertmaximierung des Vermögens in der Lage sind. Diese regelmäßige Vermögensumverteilung, ausgelöst durch den Anreiz Vermögenswerte zu maximieren, ist in ihrer Größenordnung für die meisten Politiker unvorstellbar. Während durch Marktprozesse Vermögen umverteilt werden, verursachen politische Maßnahmen eine Neuverteilung von Eigentum. Indem einigen Eigentum entzogen und an andere transferiert wird, werden Eigentumsrechte untergraben. Daraus resultiert eine Abwertung des Eigentums, ein Teil des daraus erwachsenden Wohlstands wird zerstört. Je unberechenbarer die Umverteilung des Eigentums, umso stärker äußert sich diese Unberechenbarkeit in einem Wohlstandsverlust.

Gleichheit kann in verschiedenen Lebensbereichen verwirklicht werden, nicht jedoch über alle. So können z.B. alle Menschen vor dem Gesetz gleich sein, unterscheiden sich aber in ihrem Einfluss auf die Politik. Diejenigen, die intensiver und wirksamer von ihrem Recht auf Redefreiheit Gebrauch machen, werden einflussreicher sein. Auch werden diejenigen, die aufgrund ihrer ausgeprägten Präferenz für zusätzliches Einkommen härter oder länger arbeiten als andere oder vielleicht über besondere Fähigkeiten verfügen, von ihrem Recht, Waren und Dienstleistungen auf freien Märkten anzubieten, mehr profitieren. Der Versuch, gleichen Einfluss oder gleiche Einkommen zu erzwingen, macht es erforderlich einige mit mehr Autorität oder Macht auszustatten als andere, um die gewünschten Ergebnisse zu erzielen. Aber das setzt die „Allwissenheit“, einen Mangel hier und einen Überfluss dort zu entdecken und die Fähigkeit Eigentum an der richtigen Stelle wegzunehmen und an einer anderen Stelle wieder zuzuteilen, voraus. Da die politische Macht zur Herstellung von Gleichheit wie in der ehemaligen, offiziell egalitären Sowjetunion sehr konzentriert ist, werden die politischen und gesetzlichen Machthaber einen starken Anreiz haben, diese Situation zur Erlangung ungleicher Einkommen oder Ressourcenausstattungen zu missbrauchen. Bewusste Versuche, gleiche oder „faire“ Einkommen zu erzielen oder die Umverteilungsergebnisse der spontanen Marktordnung systematisch zu verändern, stoßen nicht nur an logische Grenzen, sondern widersprechen auch jeder Erfahrung. Der Grund dafür ist einfach: Diejenigen, die die Macht haben, Eigentum umzuverteilen, nutzen sie, um selbst davon zu profitieren und wandeln auf diese Weise die ungleiche politische Macht in andere Arten der Ungleichheit um, sei es Ungleichheit in Bezug auf Verdienste, Wohlstand oder andere willkürliche Eigenschaften. Diese Erfahrung mussten die offiziell kommunistischen Nationen machen. Andere Nationen wiederholen sie gegenwärtig, beispielsweise Venezuela, wo die gesamte Macht in den Händen von Hugo Chavez konzentriert ist. Er begründet diese Machtfülle mit dem Anspruch, gleichen Wohlstand für alle Bürger zu schaffen.

Nach den Daten des *Economic Freedom of the World-Report* des kanadischen Fraser-Instituts aus dem Jahr 2006 gibt es eine schwache Korrelation zwischen dem Vertrauen in freie Märkte und der Einkommensungleichheit. Das durchschnittliche Einkommen der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung variiert zwischen den Nationen des niedrigsten und höchsten Quartils der wirtschaftlichen Freiheit zwischen 2,2 und 2,5 Prozent des landesspezifischen Pro-Kopf-Durchschnittseinkommens. Einen sehr stark positiven Zusammenhang besteht dagegen zwischen dem Einkommensniveau des ärmsten Teils der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Freiheit. Entlang der Quartile der wirtschaftlichen Freiheit steigt das durchschnittliche Einkommensniveau der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung von 826\$, über 1.186\$ und 2.322\$ auf 6.519\$. Zwar scheint

ein größeres Vertrauen in die Freiheit der Märkte kaum einen Einfluss auf die Einkommensverteilung zu haben, doch erhöht es das Einkommen der Armen wesentlich, was viele Arme für erstrebenswert halten dürften.

**13. Märkte können menschliche Bedürfnisse nach Gesundheit, nach einer Wohnung, Bildung oder Nahrung nicht befriedigen.**

*Güter sollten nach Regeln verteilt werden, die sich je nach ihrer Bedeutung für das menschliche Leben unterscheiden. Auf Märkten werden Güter jedoch stets nach der Zahlungsfähigkeit ihrer Nachfrager verteilt. Doch Gesundheit, das Bedürfnis nach einer Wohnung, Bildung, Nahrung und andere Grundbedürfnisse sollten, gerade weil sie Grundbedürfnisse sind, nach Bedarf und nicht nach Zahlungsfähigkeit verteilt werden.*

Wenn der Marktmechanismus menschliche Bedürfnisse besser befriedigt als andere Verteilungsprinzipien, d.h., wenn in einer Marktwirtschaft mehr Menschen einen höheren Lebensstandard genießen als im Sozialismus, dann sollte der Verteilungsmechanismus in einer Marktwirtschaft auch das Kriterium des Bedarfs besser erfüllen. Wie bereits erwähnt, steigt das Einkommen der Ärmsten stark mit dem Grad der Marktfreiheit an, so dass die Armen auch über größere Ressourcen verfügen, mit denen sie ihre Bedürfnisse befriedigen können. (Natürlich hängen nicht alle Bedürfnisse direkt mit dem Einkommen zusammen, zumindest wahre Freundschaft und Liebe nicht. Aber es gibt keinen Grund zu glauben, dass sie durch Zwangsmechanismen „gerechter“ verteilt werden, oder dass sie überhaupt durch solche Mechanismen verteilt werden können.)

Darüber hinaus lassen sich Begriffe wie „Bedarf“ oder „Fähigkeit“ nur vage erfassen. Wohingegen die Zahlungsbereitschaft leichter zu messen ist. Wenn Menschen Waren und Dienstleistungen mit ihrem eigenen Geld nachfragen, dann lässt sich aus dem akzeptierten Kaufpreis ihre Wertschätzung dieser Konsumentscheidung gegenüber anderen Waren und Dienstleistungen ablesen. So werden etwa Nahrungsmittel, trotzdem sie noch grundlegendere Bedürfnisse als Bildung oder Gesundheit befriedigen sehr erfolgreich auf Märkten angeboten. Dagegen kam es in den Ländern, in denen Privateigentum abgeschafft wurde und statt des Marktes der Staat für die Verteilung von Gütern zuständig war, immer wieder zu Hungersnöten und sogar Kannibalismus. Auf Märkten werden auch ganz elementare menschliche Bedürfnisse, grundsätzlich besser befriedigt als durch andere Allokationsmechanismen.

Die Befriedung von Bedürfnissen setzt die Verwendung knapper Ressourcen voraus, wofür wiederum Entscheidungen über die Verteilung getroffen werden

müssen. Wo Märkte behindert werden, werden die knappen Ressourcen nach anderen Maßgaben verteilt, etwa durch bürokratische Zuteilung, politischen Einfluss, Mitgliedschaft in einer Regierungspartei, aufgrund von Beziehungen zum Staatsoberhaupt oder zu anderen Trägern staatlicher Macht, mittels Bestechung und anderer Formen der Korruption. Es leuchtet weder ein, dass solche Kriterien besser sind als die von Märkten entwickelten, noch, dass sie mehr Gleichheit erzeugen. Die Erfahrung beweist eher das Gegenteil.

**14. Märkte beruhen auf dem Prinzip des Überlebens des Tüchtigsten.**

*Genau wie das grausame Gesetz des Dschungels steht das Gesetz des Marktes für das Überleben des Tüchtigsten. Diejenigen, die nicht den Marktanforderungen entsprechend produzieren können, bleiben auf der Strecke und werden niedergedrampelt.*

Die Beschwörung evolutionärer Prinzipien wie „das Überleben des Tüchtigsten“ in der Untersuchung sozialer Interaktion des Menschen verwirrt, solange unbestimmt ist, von wessen Überleben überhaupt die Rede ist. In der Biologie ist es das einzelne Tier und damit seine Fähigkeit, sich zu vermehren. Ein Kaninchen, das von einer Raubkatze gefressen wird, weil es zu langsam ist, um zu entkommen, wird keine Nachkommen mehr haben. Die schnellsten Kaninchen werden sich vermehren. Im Kontext der sozialen Evolution haben wir es jedoch mit einem gänzlich anderen Mechanismus zu tun: Nicht der einzelne Mensch wird im evolutionären Kampf „selektiert“, sondern eine der herrschenden Formen sozialer Interaktion, wie z.B. ein Brauch, eine Institution oder ein Unternehmen. Schließt ein Unternehmen, dann geht zwar diese bestimmte Form sozialer Zusammenarbeit zu Grunde, was jedoch nicht bedeutet, dass auch die ehemaligen Mitarbeiter des Unternehmens, die Arbeitnehmer, die Manager, die Eigentümer und die Investoren mit untergehen. Vielmehr wird eine weniger effiziente Form der unternehmerischen Kooperation durch eine effizientere ersetzt. Der Konkurrenzkampf auf Märkten unterscheidet sich fundamental vom Überlebenskampf im Dschungel. Im Dschungel geht es um das Fressen und gefressen werden, letztlich um Nahrungskonkurrenz. Auf dem Markt konkurrieren Unternehmer und Unternehmen um das Recht, mit Verbrauchern und anderen Unternehmern und Unternehmen zusammenzuarbeiten. Der Konkurrenzkampf auf Märkten ist kein Konkurrenzkampf um das Überleben des Einzelnen, sondern um Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Individuen.

## 15. Märkte entwerten Kultur und Kunst.

*In Kunst und Kultur drücken sich die höheren Bedürfnisse der menschlichen Seele aus, es verbietet sich also von selbst, sie wie Tomaten oder Hemdknöpfe zu handeln. Die Kunst dem Markt zu überlassen käme einer Vermarktung der Religion gleich, wäre also ein Verrat an der inhärenten Würde der Kunst. In dem Maße wie Kunst und Kultur dem Wettbewerb auf internationalen Märkten geöffnet werden, kommt es zu ihrer Entwertung, indem die traditionellen Formen von Kunst und Kultur der Jagd nach dem allmächtigen Geld geopfert werden.*

Der überwiegende Teil der Kunst wurde und wird für den Markt produziert. Tatsächlich ist die Kunstgeschichte im Wesentlichen die Geschichte von Marktinnovation als Resonanz auf technologischen Fortschritt, den Wandel der Philosophie, Moden und neue Formen der Spiritualität. Kunst, Kultur und Markt sind seit vielen Jahrhunderten eng miteinander verknüpft. Musiker verlangen genauso Eintritt für ihre Konzerte wie sich Gemüsehändler ihre Tomaten oder Schneider das Ersetzen von Knöpfen bezahlen lassen. Tatsächlich ermöglicht die Expansion der Märkte für Musik, Filme und andere Kunstformen durch die Herstellung von Schallplatten, Kassetten, CDs, DVDs und jetzt iTunes- und MP3-Dateien immer mehr Menschen den Zugang zu immer verschiedenartigerer Kunst.

Für Künstler bedeutet das eine Zunahme der Palette an Kunstformen und neue Kombinationen verschiedener Kunstformen, mit Hilfe derer höhere Einkommen erzielt werden können. Es überrascht nicht, dass der Großteil der in einem beliebigen Jahr produzierten Kunst die Zeit nicht überdauert. Diejenigen, die zeitgenössische Kunst im Vergleich zu den großen Werken der Vergangenheit als „Schund“ verurteilen, begehen den Fehler, Kunst, die den Test von Jahrhunderten überstanden hat, mit der Masse der aktuellen Gegenwart produzierten Werke zu vergleichen. Hätten sie auch all jene Werke miteinbezogen, die die Zeit nicht überdauerten und in Vergessenheit gerieten, würde das Urteil vermutlich ganz anders aussehen. Es ist gerade der Wettbewerb auf Kunstmärkten, der das Überleben des Besten bedingt.

Die Gesamtheit der zeitgenössischen Kunst mit dem Allerbesten vergangener Jahrhunderte zu vergleichen, ist nicht der einzige Fehler, den Menschen bei der Bewertung von Kunstmärkten machen. Ein anderer weitverbreiteter Fehler von Menschen aus gutsituierten Ländern ist es, die Armut ärmerer Länder mit deren Kultur zu verwechseln. Sehen Besucher dieser Länder angesichts einer wachsenden Wirtschaft auf einmal Menschen Handys und Laptops benutzen, beschwerten sie sich über einen Verlust der kulturellen Authentizität. Während der Wohlstand der Menschen durch Marktinteraktionen infolge zunehmender

Liberalisierung und Globalisierung zunimmt, wofür die rasche Verbreitung der Mobiltelefonie ein deutliches Zeichen ist, beklagen Globalisierungsgegner aus reichen Ländern, die Armen würden ihrer Kultur „beraubt“.

Aber warum sollte man traditionelle Kultur und einen Zustand in Armut gleichsetzen? Die Japaner haben sich von einem armen zu einem reichen Volk entwickelt, wobei man schwerlich argumentieren kann, sie seien deshalb heute weniger japanisch. Ihr größerer Wohlstand hat es in Wirklichkeit möglich gemacht, die weltweite Aufmerksamkeit für die japanische Kultur zu erhöhen. Die indische Modeindustrie wendet sich angesichts steigender Einkommen im Land traditionellen Kleidungsformen wie dem Sari zu und gibt ihm ein moderneres Aussehen. Dem kleinen Land Island ist es gelungen, eine reiche literarische Kultur und seine eigene Theater- und Filmindustrie zu erhalten, weil das hohe Pro-Kopf-Einkommen die Bewahrung und die Entwicklung ihrer Kultur ermöglicht.

Obwohl der religiöse Glaube nicht „zu verkaufen“ ist, überlassen freie Gesellschaften die Religion letztendlich denselben Prinzipien, die auch dem freien Markt zugrunde liegen: gleiche Rechte für alle und Wahlfreiheit. Daher konkurrieren auch Kirchen, Moscheen, Synagogen und Tempel miteinander um Gläubige und Unterstützung. Es ist nicht überraschend, dass die Anzahl der Kirchenmitglieder in den europäischen Ländern, in denen der Staat die Kirchen offiziell unterstützt, tendenziell sehr niedrig ist, während sie in Ländern ohne staatliche Unterstützung höher ausfällt. Der Grund dafür ist offenkundig: Kirchen, die um Mitglieder und Unterstützung kämpfen müssen, bieten ihren Mitgliedern sakramentale, spirituelle und kommunale Dienste an. Dieses Eingehen auf die Bedürfnisse der Mitglieder trägt tendenziell zu mehr Religiosität und Teilhabe bei. Aus diesem Grund hatte sich die offizielle Staatskirche Schwedens im Jahr 2000 für eine Trennung vom Staat eingesetzt. Als Teil der staatlichen Bürokratie gelang der Kirche kaum mehr die Bindung ihrer Gemeinde oder gar die Gewinnung neuer Mitglieder, weshalb sie faktisch dem Untergang nahe war.

Es besteht kein Widerspruch zwischen dem Markt, Kunst und Kultur. Zwar ist der Marktaustausch nicht mit künstlerischer Erfahrung oder kultureller Bereicherung gleichzusetzen, doch leistet der Markt einen wichtigen Beitrag, um beides voranzubringen.

## 16. Nur die Reichen und Talentierte profitieren von Märkten.

*Die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer. Wenn man reich werden will, muss man über viel Startkapital verfügen. Im Rennen um Profite auf den Märkten gehen diejenigen zuerst über die Ziellinie, die mit einem Vorsprung gestartet sind.*

Marktprozesse sind keine Rennen, in denen es Gewinner und Verlierer gibt. Eignen sich zwei Anbieter und Nachfrager freiwillig auf einen Austausch, dann tun sie das in Erwartung eines beidseitigen Profits und nicht in der Hoffnung, dass sie selbst gewinnen und die andere Partei verliert. Im Gegensatz zu einem Wettrennen bedeutet der Gewinn einer Person nicht den Verlust einer anderen. Nur wenn beide Parteien gewinnen werden sie sich handelseinig. Es geht nicht darum, den anderen zu „schlagen“, sondern durch freiwilligen, kooperativen Austausch zu gewinnen. Um jemanden zu einem Tausch zu bewegen, muss man auch dem Gegenüber einen Gewinn anbieten können.

Dass die Gnade der Geburt in einer reichen Gesellschaft eine gute Sache ist, können Bürger reicher Länder vermutlich nicht so schätzen wie diejenigen, die in ein reicheres Land auswandern wollen. Die Vorteile eines Lebens in einer wohlhabenderen Gesellschaft sehen letztere eher als diejenigen, die in sie hineingeboren wurden. Auf einem frei zugänglichen Markt, auf dem gleiche Rechte für alle Marktteilnehmer gelten, sind diejenigen, die in der Vergangenheit den Marktanforderungen am besten gerecht wurden, möglicherweise nicht diejenigen, die es auch in der Zukunft sein werden. Soziologen sprechen vom „Kreislauf der Eliten“, der für freie Gesellschaften charakteristisch ist. Eher als statische Eliten, die sich auf militärische Macht, Klassenzugehörigkeit, Stammes- oder Familienbeziehungen stützen, sind die Eliten freier Gesellschaften – einschließlich künstlerischer, kultureller, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Eliten – offen für neue Mitglieder. Ein gehobener gesellschaftlicher Status geht nur selten unmittelbar an die Kinder der Eliten über, viele Nachfahren der Oberschicht finden sich später in der Mittelschicht wieder.

Wohlhabende Gesellschaften sind voller erfolgreicher Menschen, die Ländern den Rücken gekehrt haben, in denen Märkte stark eingeschränkt und kontrolliert werden, Macht korrumpiert ist, Protektionismus und merkantilistische Monopole vorherrschen und deswegen das eigene wirtschaftliche Vorankommen begrenzt ist. Sie haben ihre Heimat mit wenig oder nichts verlassen und sind dennoch in offeneren und marktorientierteren Gesellschaften wie den USA, Großbritannien oder Kanada erfolgreich gewesen. Was jedoch macht den Unterschied zwischen beiden Gesellschaften aus? Es ist die Möglichkeit ohne Einschränkungen auf

dem Markt konkurrieren zu können. Es ist eine Tragödie für diese armen Länder, dass die Menschen auswandern, weil sie mit ihrem unternehmerischen Ehrgeiz nicht in der Lage sind, den Wohlstand im eigenen Land zu mehren und es ihnen so verwert bleibt, auch anderen zu mehr Wohlstand zu verhelfen.

Im Allgemeinen werden in Ländern mit freieren Märkten die größten Umsätze dort erzielt, wo sich Waren an den Bedürfnissen der breiten Masse der Bürger und nicht nur an denen der Reichen ausrichten. Ob sie Ford, Sony oder auch Wal-Mart heißen, die erfolgreichsten Unternehmen mit den höchsten Gewinnen, sind diejenigen, die ihr Angebot nicht am Bedarf weniger Reicher, sondern der Mittel- und Unterschicht orientieren.

Freie Märkte zeichnen sich durch einen „Kreislauf der Eliten“ aus, weil es ebenso wenig eine Erfolgsgarantie für eine Elite wie eine Zugangsbeschränkung für weniger Privilegierte gibt. Der Satz „Die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer“ beschreibt nicht das Ergebnis freier Märkte, sondern die Folgen des Merkantilismus und der politischen Vetternwirtschaft, d.h. von Systemen, in denen die Nähe zur Macht den Wohlstand bestimmt. In einer Marktwirtschaft bleiben die Reichen zwar oft wohlhabend (auch wenn sie gemessen an den Standards ihrer gesellschaftlichen Schicht möglicherweise nicht „reich“ bleiben), doch die Armen werden sehr viel reicher und können teilweise auch in die Mittel- oder Oberschicht aufsteigen. Definitionsgemäß bilden 20% der Bevölkerung zu jedem beliebigen Zeitpunkt das niedrigste und 20% das höchste Einkommensquintil.

Daraus folgt aber weder, dass auf diese Quintile immer das gleiche absolute Einkommen entfällt (da das Einkommen aller Einkommensgruppen in expandierenden Wirtschaften steigt), noch, dass es immer dieselben sind, die diese Einkommenskategorien bilden. Man muss sich diese Kategorien eher wie die Zimmer in einem Hotel oder Sitzplätze in einem Bus vorstellen: Zwar sind sie immer von irgendjemandem besetzt, doch nicht immer von den gleichen Personen. Beobachtet man die Einkommensverteilung in marktorientierten Gesellschaften über einen längeren Zeitraum, zeigt sich eine hohe Einkommensmobilität, bei der sich erstaunlich viele Menschen innerhalb der Einkommensverteilung auf und ab bewegen. Das Wichtigste ist jedoch, dass in florierenden Marktwirtschaften alle Einkommen steigen, von den niedrigsten bis zu den höchsten.

**17. Werden Preise freigegeben und unterliegen sie den Kräften des Marktes, können sie nur steigen.**

*Wird Preisbildung den Kräften des Marktes überlassen, werden sie ohne staatliche Kontrollen einfach steigen. Dadurch können sich die Menschen immer weniger leisten. Preisbildung durch den freien Markt ist also lediglich ein Synonym für hohe Preise.*

Kontrollierte Preise, die unter dem marktüblichen Niveau gehalten werden, neigen nach der Liberalisierung dazu zumindest kurzfristig zu steigen. Viele kontrollierte Preise werden jedoch über dem marktüblichen Niveau gehalten, so dass sie bei einer Liberalisierung fallen. Bei all dem sollte man bedenken, dass der an der Kasse gezahlte Preis nicht den ganzen Betrag ausmacht, den erfolgreiche Käufer zu zahlen haben. Sind die Güter durch Wartezeiten rationiert, dann zählt diese Zeit zu den aufzubringenden Kosten des Erwerbs der entsprechenden Güter. (Es ist wichtig sich zu vergegenwärtigen, dass die Wartezeit pure Verschwendung ist, die den Produzenten nicht veranlassen wird, die Güter in größeren Mengen herzustellen, um der unbefriedigten Nachfrage gerecht zu werden.) Halten darüber hinaus korrupte Beamte die Hand auf, addieren sich zum offiziellen Preis noch die Bestechungsgelder. Führt der Staat ein Preislimit für Güter und Dienstleistungen ein, ist der tatsächliche Preis, der sich auch aus den zusätzlichen illegalen Bestechungsgeldern und der Wartezeit ergibt, oft höher als der Preis, der sich auf freien Märkten bilden würde. Außerdem sind Bestechungsgelder ebenso wie Wartezeit Verschwendung: Sie werden von den Verbrauchern zwar aufgebracht, kommen jedoch nicht bei den Produzenten an. Damit üben sie keine Anreize auf die Produzenten aus, mehr zu produzieren und den durch Preiskontrollen verursachten Mangel zu beseitigen.

Zwar mögen Preise nach der Liberalisierung kurzfristig steigen, langfristig steigt jedoch die Produktion und die Verschwendung durch Rationierung und Korruption nimmt ab. Dadurch fallen die sich in der zum Konsum notwendigen Arbeitszeit ausdrückenden Realpreise. Um das Geld für einen Laib Brot zu verdienen, musste man im Jahr 1800 noch fast einen ganzen Arbeitstag lang arbeiten. Da die Löhne immer weiter gestiegen sind, beträgt die Zeit, die man in wohlhabenden Ländern arbeiten muss, um einen Laib Brot zu verdienen, heute nur noch wenige Minuten. Während so die Preise aller Güter gemessen an der Arbeitszeit dramatisch gefallen sind, steigt der monetäre Wert der Arbeit an. Da die Arbeitsproduktivität und die Löhne steigen, wird die Beschäftigung von Arbeitskräften teurer. Aus diesem Grund beschäftigen einigermassen wohlhabende Menschen in armen Ländern üblicherweise Bedienstete, während selbst für sehr wohlhabende Menschen in reichen Ländern der Erwerb von Wasch- und

Spülmaschinen viel günstiger als die Anstellung von Servicepersonal ist. Freie Märkte führen dazu, dass der Preis aller Güter gemessen am Wert der Arbeit sinkt, also auch der Preis der Arbeit relativ zum Wert der Güter steigt.

**18. Die Privatisierung und Marktliberalisierung postkommunistischer Gesellschaften war korrupt. Daher müssen Märkte auch korrupt sein.**

*Privatisierungen sind fast immer manipuliert. Bei diesem Spiel werden die besten Vermögensgegenstände des Staates einfach den skrupellosesten und korruptesten Opportunisten zuerkannt. Das ganze schmutzige Privatisierungsspiel ist nichts anderes als Diebstahl am Volk.*

Die ehemals sozialistischen Staaten haben Privatisierungen mit sehr unterschiedlichen Resultaten durchgeführt. Einige haben eine sehr erfolgreiche Marktordnung geschaffen. Andere sind in autoritäre Regime zurückgefallen. In diesen Ländern haben die „Privatisierungsprozesse“ zur Bildung neuer Eliten geführt, die sowohl Politik wie private Unternehmen kontrollierten, wie z.B. die aufstrebenden „Siloviki“ in Russland. Die Privatisierungen konnten manipuliert werden, da es keine Rechtsstaatlichkeit und keine institutionelle Voraussetzung funktionierender Märkte gab. Sie zu schaffen ist keine leichte Aufgabe, zumal es kein allgemein anwendbares Rezept dafür gibt. Dass es in einigen Fällen misslungen ist, Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen, ist kein Grund, es nicht doch zu versuchen. Sogar im Falle Russlands haben die äußerst mangelhaften Privatisierungen die Lage verbessert, gerade im Vergleich mit der vorangegangenen Einparteien-Tyrannie, die aufgrund ihrer eigenen Ungerechtigkeit und Ineffizienz zusammengebrochen war.

Eine bloße „Privatisierung“, ohne ein funktionierendes Rechtssystem, ist nicht dasselbe, wie einen Markt zu etablieren. Märkte stützen sich auf ein rechtliches Fundament. Misslungene Privatisierungen sind kein Beleg für das Scheitern des Marktes, sondern des Versäumnis des Staates, die rechtlichen Fundamente für Märkte bereitzustellen.

## Übertriebener Marktenthusiasmus

### 19. Alle zwischenmenschlichen Beziehungen lassen sich auf Marktbeziehungen reduzieren.

*Alle Handlungen werden durchgeführt, weil die Handelnden ihren eigenen Nutzen maximieren. Selbst wenn man anderen Menschen hilft, zieht man daraus einen Nutzen für sich selbst, sonst würde man es nicht tun. Freundschaft und Liebe sind ebenso sehr Austausch von Dienstleistungen mit beidseitigem Nutzen wie der Handel mit einem Sack Kartoffeln. Man kann alle Formen menschlicher Interaktion als Märkte betrachten, die Politik, die im Austausch für Wählerstimmen Vorteile verspricht genauso wie Verbrechen. Hier steht der Austausch zwischen Kriminellen und Opfern unter dem allseits bekannten Motto „Geld oder Leben!“*

Die Reduktion jedes Handelns auf eine einzige Motivation widerspricht der menschlichen Erfahrung. Eltern denken nicht an ihren eigenen Nutzen, wenn sie sich für ihre Kinder aufopfern oder ihnen zu Hilfe eilen, wenn sie in Gefahr sind. Beten Menschen um Erlösung oder spirituelle Erleuchtung, ist das anders motiviert als ein Kleiderkauf. Beides ist zielgerichtet, steuert auf die Befriedigung von Bedürfnissen hin. Das heißt jedoch nicht, dass sie sich auf messbare Einheiten eines einheitlichen Bedürfnisses zurückführen lassen. Unsere Ziele und Motivationen können verschieden sein. Wenn wir einen Hammer kaufen, ein Kunstmuseum betreten oder ein Neugeborenes wiegen, verwirklichen wir jeweils ganz unterschiedliche Ziele, die sich nicht, ohne weiteres mit dem Handeln auf Märkten vergleichen lassen.

Abstrakte Ideen und Instrumente können sicher helfen, eine Reihe verschiedener Interaktionsarten zu verstehen und zu beleuchten. Wirtschaftswissenschaftliche Konzepte, die eigentlich den Austausch auf Märkten beschreiben, helfen manchmal auch beim Verständnis von Politik und sogar Religion. Politische Entscheidungen können genauso wie unternehmerische Entscheidungen kalkulierbare Kosten und einen kalkulierbaren Nutzen haben. Auch lassen sich politische Parteien oder Mafiakartelle mit Unternehmen auf dem Markt vergleichen. Aber daraus folgt nicht, dass die beiden Entscheidungssituationen moralisch oder rechtlich äquivalent sind. Ein Krimineller, der jemanden vor die Wahl zwischen Geld oder Leben stellt, ist mit einem Unternehmer nicht vergleichbar, der die Wahl eröffnet, zwischen Geld und Ware zu entscheiden: Der Kriminelle erzwingt eine Entscheidung zwischen Geld und Leben, obwohl man auf Beides einen moralischen und rechtlichen Anspruch hat. Der Unternehmer stellt dagegen die Wahl zwischen einer Ware, auf die er einen Anspruch hat und einem Geldwert

in Aussicht, auf den sein potentieller Handelspartner selbst einen Anspruch hat. In beiden Fällen trifft man eine Entscheidung und handelt zielgerichtet, aber während der Kriminelle zu einer Wahl zwingt, bietet der Unternehmer sie an. Der Kriminelle nimmt seinem Opfer Rechte, auf die es einen Anspruch hat, während der Unternehmer ein Angebot macht, mit dem man durch die Aufgabe eigener, geringer bewerteter Ansprüche sein Nutzenspektrum erweitern kann. Nicht alle menschlichen Interaktionen lassen sich nicht pauschal auf Marktbeziehungen reduzieren, gerade dann nicht, wenn sie auf einen unfreiwilligen „Austausch“ abzielen: Sie bieten keinen Nutzenzuwachs, sondern bedeuten Wertverlust und Einschränkungen von Entfaltungsspielräumen.

### 20. Märkte können alle Probleme ohne jegliches Eingreifen des Staates lösen.

*Der Staat ist dermaßen inkompetent, dass er überhaupt nichts richtig machen kann. Das Wichtigste, was uns der Markt lehrt, ist, dass der Einfluss des Staates stets eingeschränkt werden sollte, da der Staat das genaue Gegenteil des Marktes ist. Je weniger Einfluss der Staat ausübt, desto besser funktionieren die Märkte.*

Diejenigen, die die Vorteile von Märkten sehen, sollten auch erkennen, dass grundlegende Probleme weltweit nicht nur deswegen bestehen, weil Staaten zu viel tun, sondern auch, weil sie zu wenig tun. Zu den Dingen, die Staaten nicht tun sollten gehören a) Handlungen, die sich für jedermann verbieten, wie z.B. „ethnische Säuberungen“, Diebstahl von Land, Gewährung spezieller rechtlicher Privilegien für Eliten sowie b) Dinge, die durch die freiwillige Interaktion von Unternehmen und Unternehmern auf Märkten besser bewerkstelligt werden, wie z.B. der Produktion von Autos, der Publikation von Zeitungen und dem Betreiben von Restaurants. Staaten sollten sich aus diesen Aktivitäten zurückziehen. Dieser Rückzug müsste mit Maßnahmen zur Stärkung individueller Rechte und der institutionellen Basis freiwilliger Interaktion von Marktteilnehmern einher gehen. Es besteht in der Tat ein Zusammenhang zwischen beiden Sphären staatlicher Tätigkeit: Staaten, die ihre Ressourcen für das Betreiben von Autofabriken oder die Publikation von Zeitungen verwenden, oder noch schlimmer für die Beschlagnahmung von Eigentum und die Schaffung rechtlicher Privilegien für einige wenige verschwenden, sind nicht mehr in der Lage diejenigen Dienste anzubieten, für die sie tatsächlich qualifiziert sind. Beispielsweise gewähren ärmere Staaten selten klare Rechtsansprüche, geschweige denn den Schutz des Eigentums vor Enteignung. Die Rechtssysteme solcher Staaten sind häufig ineffizient und schwerfällig und es fehlt ihnen die nötige Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit, freiwillige Transaktionen zu fördern.

Sollen Märkte den Rahmen für soziale Koordination bieten, müssen Eigentumsrechte und Vertragsfreiheit fest im Gesetz verankert sein. Staaten, die das versäumen, verhindern die Entstehung von Märkten. Der Staat dient dem öffentlichen Interesse, wenn er mit seiner Autorität Recht und Gerechtigkeit durchsetzt. Das kann er nur, wenn er über rechtliche Autorität verfügt und seine Befugnisse gleichzeitig begrenzt. Ein schwacher Staat ist nicht mit einem Staat mit begrenzten Befugnissen zu verwechseln. Schwache Staaten mit unbegrenzten Befugnissen können ungemein gefährlich sein, weil sie zum einen Dinge tun, die sie nicht tun sollten, andererseits aber nicht über die Autorität verfügen, gerechte Verhaltensregeln durchzusetzen und die für Freiheit und freien Marktaustausch nötige Sicherheit von Leben, Freiheit und Eigentum zu gewährleisten. Für freie Märkte genügt nicht das Fehlen eines Staates. Schließlich sind nicht alle Anarchien attraktiv. Freie Märkte werden durch effizient verwaltete Staaten mit begrenzten Befugnissen ermöglicht, die die Regeln gerechten Verhaltens klar definieren und unvoreingenommen durchsetzen.

Zudem gibt es viele Probleme, deren Lösung bewusstes Handeln voraussetzt. Es genügt nicht, darauf zu beharren, dass die unsichtbare Hand des Marktes alle Probleme lösen kann. Wie der Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Ronald Coase in seinem bedeutenden Werk über den Markt und das Unternehmen erklärt, vertrauen Unternehmen normalerweise eher auf bewusste Planung und Koordination als auf Marktmechanismen, weil sie kostspielig sein können. Jede Vertragsverhandlung und jeder Vertragsabschluss ist kostspielig, so dass langfristige Verträge abgeschlossen werden, um die Vertragskosten zu senken. Langfristige Verträge ersetzen den spontanen Marktaustausch. Diese Verträge sichern Arbeitsverhältnisse, die eher von Teamwork und bewusster Führung geprägt sind als von ständigem Wettbewerb um bestimmte Dienstleistungen. Unternehmen – kleine Inseln des Teamworks und der Planung – können deshalb erfolgreich sein, weil sie sich koordiniert innerhalb spontaner Marktmechanismen bewegen. (Der große Fehler der Sozialisten war, die gesamte Wirtschaft wie ein großes Unternehmen führen zu wollen. Es wäre ein ähnlich großer Fehler, die wichtige, wenn auch begrenzte, Rolle bewusster Führung und Teamarbeit innerhalb der spontanen Marktordnung zu verkennen.) Wenn Märkte auch Regeln gerechten Verhaltens durchsetzen können, sollten Verfechter freier Märkte genau diese Funktion fördern. Private Sicherheitsdienste leisten oft bessere Arbeit als die Polizei (und wenden oft auch weniger Gewalt an, und sei es nur aus dem einzigen Grund, dass sie die Kosten der Gewalt nicht so leicht wie der Staat auf dritte Parteien abwälzen können). Freiwillige Vermittlungsgespräche bewirken oft wesentlich mehr als staatliche Schlichtungsverfahren. Man sollte die zentrale Rolle von Regeln auch als Grundlage für das Funktionieren von Märkten erkennen und effiziente und gerechte Regeln wertschätzen, ob sie nun

vom Staat oder vom Markt aufgestellt werden, anstatt lediglich „anti-staatlich“ eingestellt zu sein.

Und schließlich sollte man sich ins Gedächtnis rufen, dass Eigentum und Marktaustausch allein nicht alle Probleme lösen können. Falls z.B. die globale Erderwärmung tatsächlich eine Bedrohung für das Leben auf diesem Planeten sein sollte, oder sich die Ozonschicht wirklich lebensgefährlich verdünnt, werden koordinierte staatliche Lösungen die beste, vielleicht sogar die einzige Möglichkeit sein, eine Katastrophe zu verhindern. Doch das bedeutet nicht, dass Märkte in diesem Fall keine Rolle mehr spielen. Märkte für Emissionsrechtehandel könnten z.B. zu einer effizienten Verteilung der Kosten der Vermeidung des Klimawandels beitragen, müssten aber zunächst durch staatliche Koordinierung eingerichtet werden. Man muss sich vergegenwärtigen, dass wenn die mangelnde Eignung eines Instruments für die Lösung *aller* erdenklichen Probleme nicht bedeutet, dass es für die Lösung *überhaupt keiner* Probleme geeignet ist. Es *kann* sein, dass ein Instrument für die Lösung einiger oder fast aller Probleme hervorragend geeignet ist. Eigentumsrechte und Marktmechanismen lösen viele Probleme, worauf man vertrauen sollte. Dass sie nicht alle Probleme lösen, sollte kein Grund sein, sie bei Problemen, für die sie effiziente und gerechte Lösungen bieten, auszuschließen.

Freie Märkte mögen nicht geeignet sein alle erdenklichen Probleme der Menschheit aus der Welt zu schaffen. Aber sie können Freiheit und Wohlstand schaffen, und das hat auch etwas für sich.

## Referenzen

- Barry, Brian. 1996. "You have to be crazy to believe it." *Times Literary Supplement*, October 25.
- Bethell, Tom. 1998. *The Noblest Triumph: Property and Prosperity Through the Ages*. New York: St. Martin's Press.
- Buckle, Stephen. 1991. *Natural Law and the Theory of Property*. Oxford: Clarendon Press.
- Christman, John. 1994a. "Distributive Justice and the Complex Structure of Ownership." *Philosophy and Public Affairs* 23, pp. 225–50.
- Christman, John. 1994b. *The Myth of Property: Toward an Egalitarian Theory of Ownership*. Oxford: Oxford University Press.
- Cohen, G. A. 1985. "Nozick on Appropriation." *New Left Review* 150, pp. 89–105.
- Cohen, G. A. 1986a. "Self-Ownership, World-Ownership, and Equality." In *Justice and Equality Here and Now*, edited by Frank S. Lucash. Ithaca: Cornell University Press.
- Cohen, G. A. 1986b. "Self-Ownership, World Ownership, and Equality: Part II." *Social Philosophy & Policy* 3 no. 2, pp. 77–96.
- Cohen, G. A. 1989. "Are Freedom and Equality Compatible?" In *Alternatives to Capitalism*, edited by Jon Elster and Karl Ove Moene. Cambridge: Cambridge University Press.
- Cohen, G. A. 1995a. "Incentives, Inequality, and Community." In *Equal Freedom: Selected Tanner Lectures on Human Values*, edited by Stephen Darwall. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Cohen, G. A. 1995b. *Self-ownership, Freedom, and Equality*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Cohen, G. A. 1996. "Self-ownership and the libertarian challenge." *Times Literary Supplement*, November 8.
- de Coulanges, Numa Denis Fustel. [1864] 1956. *The Ancient City: A Study on the Religion, Laws, and Institutions of Greece and Rome*. Garden City, N.Y.: Doubleday Anchor.
- Ellickson, Robert C. 1993. "Property in Land." *Yale Law Journal* 102, pp. 1315–1440.
- Filmer, Robert. 1991. "Observations Concerning the Original of Government, upon Mr. Hobs 'Leviathan,' Mr. Milton against Salmasius, H. Grotius 'De Jure Belli.'" In idem, *Patriarcha and Other Writings*, edited by Johann P. Sommerville. Cambridge: Cambridge University Press.
- Friedman, Jeffrey. 1997. "What's Wrong with Libertarianism." *Critical Review* 11 no. 3, pp. 407–67.
- Gordon, David. 1990. *Resurrecting Marx: The Analytical Marxists on Freedom, Exploitation, and Justice*. New Brunswick, N.J.: Transaction Books.
- Grossman, Vassily. 1986. *Forever Flowing*. New York: Harper & Row.
- Haworth, Alan. 1994. *Anti-libertarianism: Markets, Philosophy and Myth*. London: Routledge.
- Hayek, F. A. 1988. *The Fatal Conceit: The Errors of Socialism*, edited by W. W. Bartley, III. London: Routledge.

- Ingram, Attracta. 1994. *A Political Theory of Rights*. Oxford: Oxford University Press.
- Kymlicka, Will. 1990. *Contemporary Political Philosophy: An Introduction*. Oxford: Clarendon Press.
- Libecap, Gary D. 1989. "Distributional Issues in Contracting for Property Rights." *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 145, pp. 6–24.
- Lueck, Dean. 1993. "Contracting into the Commons." In *The Political Economy of Customs and Culture: Informal Solutions to the Commons Problem*, edited by Terry L. Anderson and Randy T. Simmons. Lanham, Md.: Rowman & Littlefield.
- Madison, James. 1983. "Property." In *The Papers of James Madison*, vol. 14: April 6, 1791–March 16, 1793. Charlottesville: University Press of Virginia.
- Maine, Henry Sumner. 1888. *Lectures on the Early History of Institutions*. New York: Henry Holt.
- Munzer, Stephen R. 1990. *A Theory of Property*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Narveson, Jan. 1990. *The Libertarian Idea*. Philadelphia: Temple University Press.
- Norberg, Kathryn. 1988. "Dividing Up the Commons: Institutional Change in Rural France, 1789–1799." *Politics and Society* 16, pp. 265–86.
- Nozick, Robert. 1974. *Anarchy, State, and Utopia*. New York: Basic Books.
- Pufendorf, Samuel. 1994. *The Political Writings of Samuel Pufendorf*, edited by Craig L. Carr. Oxford: Oxford University Press.
- Rosenberg, Alexander. 1988. "The Political Philosophy of Biological Endowments." *Social Philosophy and Policy* 5 no. 1, pp. 1–31.
- Ryan, Alan. 1994. "Self-Ownership, Autonomy, and Property Rights." In *Property Rights*, edited by Ellen Frankel Paul, Fred D. Miller, and Jeffrey Paul. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schelling, Thomas. 1960. *The Strategy of Conflict*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Simmons, A. John. 1994. "Original-Acquisition Justifications of Property." In *Property Rights*, edited by Ellen Frankel Paul, Fred D. Miller, Jr., and Jeffrey Paul. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sreenivasan, Gopal. 1995. *The Limits of Lockean Rights in Property*. Oxford: Oxford University Press.
- Steiner, Hillel. 1994. *An Essay on Rights*. Oxford: Blackwell.
- Sugden, Robert. 1986. *The Economics of Rights, Co-operation and Welfare*. Oxford: Basil Blackwell.
- Waldron, Jeremy. 1988. *The Right to Private Property*. Oxford: Oxford University Press.
- Weinberg, Justin. 1997. "Freedom, Self-Ownership, and Libertarian Philosophical Diaspora." *Critical Review* 11, no. 3, pp. 323–44.
- Young, H. Peyton. 1996. "Dividing the Indivisible." In *Wise Choices: Decisions, Games, and Negotiations*, edited by Richard J. Zeckhauser, Ralph L. Keeney, and James K. Sebenius. Boston: Harvard Business School Press.

## Über den Autor:

Tom G. Palmer ist Senior Fellow der liberalen Denkfabrik Cato Institute in Washington und Direktor der Cato University. Er hält regelmäßig Vorträge über Freiheit, Verfassung, Globalisierung und Freihandel sowie über die moralischen und gesetzlichen Fundamente von Individualrechten.

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:  
Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
Spendenkonto: 266 9661 04  
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

## Position Liberal

Positionspapiere des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Weitere Publikationen unter [www.libinst.de](http://www.libinst.de)

- [77] Susanne Maria Schmidt/Olaf Steglich (2009)  
**AUS GEGEBENEM ANLASS – ODER WARUM DIE ORDNUNGSPOLITIK DAS EINZIGE HEILMITTEL FÜR DIE FINANZMÄRKTE IST**
- [76] Steffen Hentrich (2009)  
**IN GUTEN HÄNDEN? UMWELTSCHUTZ ALS STAATSAUFGABE**
- [75] Detlef Parr (2008)  
**LEISTUNGSSPORT UND BREITENSPORT: GESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN?**
- [74] Reto Steiner (2008)  
**GRUNDLAGEN UND KRITISCHE ERFOLGSFAKTOREN VON BENCH-MARKING IM ÖFFENTLICHEN SEKTOR – DARGESTELLT AM BEISPIEL DER SCHWEIZ**
- [73] Gary Merrett (2007)  
**MARKTWIRTSCHAFT IN SCHULBÜCHERN**
- [72] Thomas Straubhaar (2007)  
**EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND**
- [71] Klaus Bünger (2007)  
**ZUR EROSION DER MARKTWIRTSCHAFTLICHEN WIRTSCHAFTSVERFASSUNG DER EUROPÄISCHEN UNION**
- [70] Peter A. Henning (2007)  
**ZUR INTERNATIONALISIERUNG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULEN**
- [69] Roland Vaubel (2007)  
**IDEEN ZU EINEM VERSUCH, DIE TÄTIGKEIT DES STAATES ZU BEGRENZEN**
- [68] Otto Graf Lambsdorff (2006)  
**MEHR BETEILIGUNGSKAPITAL – MEHR MARKTWIRTSCHAFT**
- [67] Rainer Erkens (2006)  
**ENTWICKLUNG KANN MAN NICHT KAUFEN**
- [66] Eckhard Behrens (2006)  
**FÖDERALISMUSREFORM UND BILDUNGSPOLITIK**
- [65] Thomas Volkmann (2008)  
**ARGUMENTE ZUR INHALTLICHEN AUSEINANDERSETZUNG MIT DER POLITIK DER LINKEN**
- [64] Dirk Maxeiner/Michael Miersch (2005)  
**IST DIE LINKE NOCH LINKS?**
- [63] Horst Wolfgang Boger (2005)  
**DAS DEUTSCHE SCHULSYSTEM: AM ABGRUND ODER IM AUFSCHWUNG?**
- [59] Jürgen Morlok (2009)  
**ÜBER FREIHEIT, EIGENTUM UND DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE**
- [56] Thomas Lenk (2008)  
**REFORM DES DEUTSCHEN LÄNDERFINANZAUSGLEICHS – EINE UNENDLICHE GESCHICHTE?**
- [50] Jutta Braun (2008)  
**FUSSBALL UND POLITISCHE FREIHEIT – HISTORISCHE ERFahrungen DES GETEILTEN DEUTSCHLAND**
- [48] Tom G. Palmer (2008)  
**FREIHEIT WOHL VERSTANDEN**
- [26] James Bartholomew (2005)  
**SCHULBILDUNG OHNE DEN STAAT – PRIVAT- UND ARMENSCHULEN IM GROSSBRITANNIEN DES 19. JAHRHUNDERTS UND DANACH**
- [18] Jean Redpath (2006)  
**UNABHÄNGIGE SCHULEN IN SÜDAFRIKA: ASCHENPUTTEL ODER GUTE FEE?**
- [17] Kenneth Minogue (2006)  
**BILDUNG UND DIE FREIE GESELLSCHAFT**
- [15] Jennifer Marshall (2006)  
**WAHLFREIHEIT DER ELTERN IM BILDUNGSWESEN DER USA – EIN ÜBERBLICK**